

Schlüchtern wehrt sich gegen Ahmadiyya

☒ 2004 war die hessische Kleinstadt Schlüchtern die erste deutsche Gemeinde, in der massiver Bürgerprotest den Bau einer ortsbildbeherrschenden Moschee durch die islamistische Ahmadiyya-Sekte verhinderte (Junge Freiheit 2004). Nun, 10 Jahre und eine auch die Politik erfassende Islamisierungswelle später (Körperschaftsstatus in Hessen und Hamburg), prescht die undurchsichtige, sich als „friedliche Reformmuslime“ tarnende Islamistensekte wieder vor.

(Von B. Gebhardt)

Die von Kritikern aufgrund ihrer Schriften sowie Äußerungen ihrer Anführer als antidemokratische, antichristliche und antisemitische Politreligion eingestuft wird. Die Frankfurter Staatsanwaltschaft hielt es 2003 für sachlich gerechtfertigt, bei Ahmadiyya „Parallelen zu nationalsozialistischem Gedankengut, beziehungsweise mafiösen Strukturen“ zu erkennen (Az.: 6100 Js 239185/02).

Trotz solch eindeutiger und gut belegter Befunde vermochte Schlüchterns Bürgermeister Falko Fritzsch (SPD) „kein vernünftiges, sachgerichtetes Argument“ erkennen, „das gegen das Moscheeprojekt sprechen könnte“. Viele Bürger sahen das allerdings anders. Wenige Tage nach Bekanntgabe der neuen Pläne, Anfang Februar dieses Jahres formierte sich die Bürgerbewegung „Wir für Schlüchtern“ – und schaffte 3 Monate später die Sensation: Nachdem Gesprächsversuche mit den absolut kompromißlosen Ahmadiyya gescheitert waren, initiierten die Moscheebaugegner in letzter Minute ein Bürgerbegehren, das innerhalb von acht Tagen ein völlig anderes Meinungsbild in der Stadt offenbarte: 1.978 wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger forderten mit ihrer Unterschrift einen Bürgerentscheid über den geplanten

Moscheebau (erforderlich wären 1.260 gewesen, zehn Prozent der Wahlberechtigten). Da seit dem Stichtag 12. Mai weitere Unterschriften einliefen, kann die Bürgerbewegung heute auf die verbrieft Rückendeckung durch 2.402 Unterstützer ihres Anliegens verweisen. Dieser Erfolg wiegt umso schwerer, als er trotz unfairer Behandlung durch die stramm linke Lokalzeitung (Kinzigtal Nachrichten) erfolgte, die ihre Monopolstellung dazu nutzte, die Ahmadiyya-Islamisten in ein positives Licht zu rücken, während sie gleichzeitig Presseerklärungen der Bürgerbewegung „Wir für Schlüchtern“ nicht, nur bruchstückhaft oder verfälschend wiedergab, kritische Leserbriefe nicht veröffentlichte usw.

Nun hat die Stadtverordnetenversammlung am 14. Juli festgestellt, dass das Bürgerbegehren rechtlich nicht zu beanstanden ist. Allerdings fürchteten die „Volksvertreter“ offenbar eine herbe Niederlage beim Urnengang und nahmen deshalb ihren umstrittenen Beschluss vom 14. 3. (Freigabe des Moscheegrundstückes) zurück, wodurch ein Bürger-entscheid gegenstandslos wurde. Gleichzeitig aber wurde ein neuer Bebauungsplan auf-gestellt, der in seinen Auswirkungen de facto nun einen Moscheebau erst recht ermöglicht! Den Bürgern wurde zugleich von den Kinzigtal-Nachrichten kräftig Sand in die Au-gen gestreut, indem dieser Fakt verschwiegen und statt dessen suggeriert wurde, dem Bürgerwillen sei nun Genüge getan („Vorerst keine Moschee in Schlüchtern“). Die Betonung liegt hier auf „vorerst“.

„Die politisch Verantwortlichen sollten sich ihre weiteren Schritte allein schon in Hinblick auf kommende Wahlkämpfe gut überlegen“, sagt Norbert Wuthenow, Sprecher von „Wir für Schlüchtern“ und einsamer Recke in der ansonsten erbärmlich lauen CDU-Fraktion. „Wir werden nicht vergessen, wie hier im Eilverfahren über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg eine verheerende Weichenstellung für die Zukunft vorgenommen wurde“ (Presseerklärung vom 10. März 2014).

Daß die Verantwortlichen in Politik und Presse noch zur

Vernunft kommen, dürfte ein frommer Wunsch bleiben. Es herrscht nicht klares Denken, sondern Ideologie, was heißt: Faktenabwehr, Denkverzicht und eine rosarote Wunschsicht auf den Ahmadiyya-Islam. Vorreiter der Hammelherde war der frühere hessische Justizminister Hahn (FDP), der Ahmadiyya mit dem Körperschaftsstatus adelte. Da wollen sich Schlüchterns Lokalpolitiker natürlich nicht Lumpen lassen...

Halten wir fest: Eine Staatsanwaltschaft sieht in der Ahmadiyya-Ideologie „Parallelen zu nationalsozialistischem Gedankengut“, was wir also gemeinhin faschistoid nennen. Diese Einschätzung beruht auf dem Schrifttum der Sekte, sowie Aussagen ihrer Führer z.B.:

-die Titulierung der Menschen der westlichen Welt als „tierische Wesen“ durch den Ahmadiyya-Kalifen;

-die Titulierung aller Nicht-Ahmadis als „Tiere und Maden“ durch den deutschen Sprecher der Islamisten, Hadayatullah Hübsch, dem Tausende begeisterter Ahmadis ob dieser Aussage zujubelten;

diese Leute haben das Ziel ihres Gründers vor Augen, der sagte: „Ich bin gekommen, das Kreuz zu brechen, das Schwein zu vernichten“, womit das Christentum gemeint ist.

Und der Gipfel: „Unser Gesetz [Scharia] steht über allem und keine demokratisch gewählte Regierung kann diesen ausdrücklichen Willen ausschalten. Kein legislativer Prozess ist gültig, wenn er im Widerspruch zu den eben angeführten Prinzipien steht“.

So sprach kein neuer Adolf, sondern der Kalif der Ahmadiyya-Islamisten – und der Schlüchterner SPD- Bürgermeister Falko Fritzsch sieht „kein vernünftiges, sachgerichtetes Argument“, den Bau eines Kalifatsstützpunktes in seiner Stadt zu verhindern, im Gegenteil.

Sich als Schwein, Tier, Made titulieren zu lassen und die

Vertreter einer solchen Sicht auf sich und seine Bürger herzlich willkommen zu heißen, stellt einen beispiellosen Tiefpunkt dar. Die Bürgerbewegung WIR FÜR SCHLÜCHTERN verspricht, weiter wachsam zu bleiben, denn von diesem Stadtoberhaupt ist keinerlei Einsicht zu erwarten.

Anmerkung: Alle Zitate sind nachzulesen in der Studie „Ahmadiyya-Bewegung des Islam“ (Ffm. 2002) von Hiltrud Schröter, 1998 Trägerin des von der hessischen Landesregierung in Anerkennung hervorragender wissenschaftlicher Leistungen verliehenen Elisabeth-Selbert-Preises (weitere Texte von Hiltrud Schröter über den Ahmadiyya-Islam).

Die Bürgerbewegung „Wir für Schlüchtern“ hat die online-Petition „Den radikalen Islam endlich stoppen“ initiiert, die an die kirchlichen Leisetreter appelliert, sich endlich ihrer seelsorgerischen Verantwortung zu stellen. – Die PI-Leser sind eingeladen, sich der Petition anzuschließen.

Hier geht es zur Petition